



Sachstandsmitteilung Nr.:	170/2024	Datum:	20.08.2024
Beratungsart:	<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich	

Beratungsfolge			
Nr.		Stadtvertretung / Fachausschuss	Sitzungstag
1	x	Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur	03.09.2024
2		Bildungsausschuss	
3	x	Ausschuss für Umwelt und Verkehr	09.09.2024
4		Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauwesen	
5		Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, öffentliche Sicherheit und Digitalisierung	
6		Hauptausschuss	
7		Stadtvertretung	

nachrichtlich: Junger Rat
---------------------------

Schluss- und Mitzeichnungen			
gez. Th. Haß	gez. Hansen	gez. Conrad	gez.,. Lewe
Bürgermeister	Büroleiterin	Amtsleitung	Sachbearbeitung

## 1. TOP:

**Lichttechnische Sanierung der Außensportanlagen, hier: LED-Beleuchtung; Aktueller Stand**

## 2. Sachstand:

Die Stadtvertretung hat am 12.09.2019 die Sanierung der städtischen Außensportanlagen durch eine Umrüstung der Flutlichtbeleuchtung auf LED-Leuchtmittel beschlossen (BV 151/2019; SM 090/2022; SM 038/2023). In der Sitzung vom 21.09.2023 wurde die Verwaltung beauftragt, die verfügbaren Fördermittel für die Umsetzung der Maßnahme zu beantragen (BV 147/2023). Der Sperrvermerk über die damals bereits im Haushalt eingestellten Mittel in Höhe von 81.000 Euro wurde aufgehoben und die zusätzlich erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 46.600 Euro als Ausgabe im Haushalt 2024 eingeplant bzw. für den Fall einer Umsetzung im Jahr 2023 überplanmäßig bereitgestellt (Gesamtkosten vorauss. rund 127.600 Euro).

Der Förderantrag für die lichttechnische Sanierung der drei städtischen Außensportanlagen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundes (Kommunalrichtlinie) wurde frist- und formgerecht am 24.11.2023 bei dem Projektträger ZUG gGmbH eingereicht. Wie in der BV 147/2023 dargelegt hat die Verwaltung am 07.12.2023 ergänzend kumulative Fördermittel über die Sportstättenförderrichtlinie des Landes Schleswig-Holstein beantragt.

Während die von der Stadt Schwentinental beantragten kumulativen Landesfördermittel in einem zweistufigen Bewilligungsverfahren (Auswahl aus über 80 Projekten) abgelehnt wurden (Bescheid vom 09.04.2024), steht ein etwaiger Förderbescheid hinsichtlich der beantragten Bundesfördermittel weiterhin aus.

Bereits zum Zeitpunkt der Antragstellung wurde seitens des Fördergebers eine reguläre Bearbeitungszeit von voraussichtlich mindestens sechs bis acht Monaten in Aussicht gestellt. Im Zeitraum vom November bis Januar 2024 wurde infolge der geltenden Haushaltssperre des Bundes zudem ein allgemeiner Antrags- und Bearbeitungsstopp für Förderanträge über die Nationale Klimaschutzinitiative verhängt, der zu weiteren erheblichen Verzögerungen in der Antragsprüfung führte (SM 005/2024).

Auch auf regelmäßige und mehrfach wiederholte Nachfragen der Verwaltung gibt es laut Auskunft der ZUG gGmbH zum jetzigen Zeitpunkt keine näheren Informationen über den Stand der Prüfung und die voraussichtliche Bearbeitungsdauer des Förderantrages. Die jüngste Nachfrage vom 13.08.2024 hat ergeben, dass sich der Antrag noch immer unverändert in der Prüfung befindet.

Vor diesem Hintergrund werden die zuständigen Selbstverwaltungsgremien mit dieser Sachstandsmitteilung darüber informiert, dass die geplante Umsetzung der Maßnahme noch im Jahr 2024 derzeit gefährdet ist.

Sofern der Fördermittelbescheid nicht binnen der nächsten vier Wochen eingeht, ist unter Berücksichtigung des erforderlichen Vergabeverfahrens und der derzeitigen Marktlage bedauerlicherweise davon auszugehen, dass eine Umrüstung der Flutlichtanlagen auf LED im Jahr 2024 voraussichtlich nicht mehr erfolgen kann.

Die Verwaltung arbeitet, trotz geringen Einflusses, mit Nachdruck daran, die Antragsprüfung auf Seiten des Fördergebers zu beschleunigen und eine weitere zeitliche Verzögerung zu vermeiden.

In Anbetracht dieser Gemengelage hat die Verwaltung auch die Möglichkeit für einen Antrag auf sog. „vorzeitigen Maßnahmenbeginn“ geprüft. Ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn hätte unter bestimmten Voraussetzungen vor Erhalt des Förderbescheides eine vorzeitige Ausschreibung bzw. Auftragsvergabe „unter Vorbehalt“ und auf eigenes finanzielles Risiko der Stadt ermöglichen können, wenn aus Sicht des Fördergebers zwingende Gründe dies erfordern.

Ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn ist aus Sicht der Verwaltung insbesondere unter Berücksichtigung der finanziellen Unabwägbarkeit für die Stadt sowie hinsichtlich einer erfahrungsgemäß lediglich geringen Erfolgsaussicht von Ausschreibungen unter Vorbehalt grundsätzlich nicht zu empfehlen. Ungeachtet dessen wurde die Möglichkeit eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns für investive Fördervorhaben im Frühjahr 2024 vom Fördergeber vollständig abgeschafft und steht somit nicht zur Verfügung.

Offen bleibt derzeit folglich weiterhin, wann die Antragsprüfung tatsächlich abgeschlossen sein wird und ob mit einer Bewilligung zu rechnen ist. Zudem ist noch vollkommen unklar, ob die Fördermittel, im Falle der Bewilligung, in der beantragten Höhe zur Verfügung gestellt werden. Verwaltungsseitig werden derzeit alle möglichen und erforderlichen Vorbereitungen abgeschlossen, um eine sofortige Umsetzung der Maßnahme nach Erhalt des Förderbescheides umgehend in die Wege zu leiten.

- Ende der Sachstandsmitteilung -